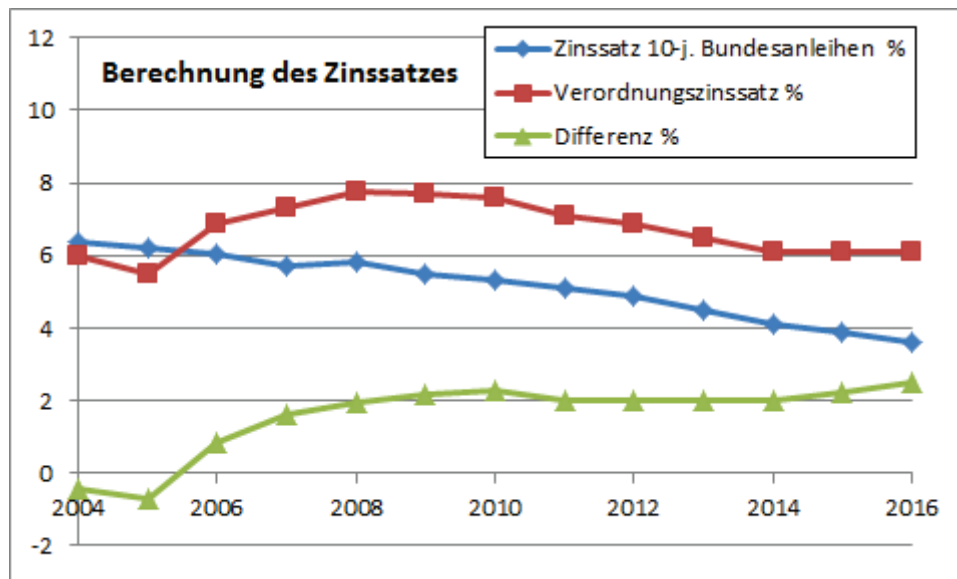


Die Entwicklungen des Renditezins "R+X" für die BWB



Gemäß Betriebsgesetz wird der Zinssatz "R", auf das zuvor ermittelte Betriebsnotwendige Kapital berechnet.

Dieser Zinssatz wird jährlich neu ermittelt und dem Parlament mitgeteilt.

Es wird eine Durchschnitt der jeweils vorausgehenden 20 Jahre ermittelt, der Zinsen die in dieser Zeit jeweils für Bundeschatzbriefe mit 10-jähriger Laufzeit gezahlt wurden.

Die Rendite auf 10-jährige Bundesanleihen im Mittel von jeweils 20 Jahren - das ist der Zinssatz "R"

Da diese Zinsen, (wie jeder Sparbuchbesitzer weiß), seit Jahren im Sinkflug sind, sinkt natürlich auch der "Durchschnitt"-Zinssatz- ab. (blaue Linie).

In den BWB wird auf diesen Zinssatz genannt "r" seit 2004 de facto ein Zuschlagssatz berechnet und den Kunden in Rechnung gestellt.

Da das Berliner Verfassungsgericht 1999 einen Zuschlagssatz von 2% für verfassungswidrig erklärte, somit diese Passage im Gesetz nichtig war, machte der Gesetzgeber das Gesetz passend auf die im Vertrag versprochene Rendite "R+2%", weil das Land sonst lt. Vertrag "Ausgleichsverpflichtungen" gegenüber den Privaten Partnern zu zahlen hätte. So einigte man sich mit den privaten Partnern auf die Belastung "Dritter": Die Belastung der Wasser-Kunden.

Die Formulierung im (Betriebe)Gesetz heißt nun "Mindestens" "R".

Damit erlaubt man sich einen Zuschlagssatz, obwohl es kein vergleichbares Risiko gibt.

1% Unterschied in der Verzinsung machen etwa 3% Wasserpreiserhöhung aus, beim Einheitspreis. Heute wird auf der Basis der Formulierung "Mindestens "R" jährlich der Zuschlagssatz von mindestens 2%, Tendenz steigend erhoben.

Die rote Linie zeigt den tatsächlich erhobenen Zinssatz vom Kunden (2016 = 6,1%)

Die Grüne Linie zeigt, wie sich der Zuschlagssatz seit 2004 entwickelte.

Dieser Prozentsatz wird auf das wachsende BNK berechnet. Dadurch steigt die kalkulierte Rendite im Wasserpreis an. (BNK 2015 = 3.852 Mio. € x 6,1%)